

# **Tagungsbericht DVPW-Sektionstagung Politische Theorie und Ideengeschichte „Kämpfe um Diversität - Theorie an der Grenze von Wissenschaft und Politik“ an der Universität Duisburg-Essen vom 15.- 17. März 2023**

Jan Borcharding

Vom 15. bis zum 17. März 2023 fand an der Universität Duisburg-Essen die Tagung „Kämpfe um Diversität - Theorie an der Grenze von Wissenschaft und Politik“ der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte statt. Die Tagung sollte die aktuell heiß geführten gesellschaftlichen und akademischen Debatten um Diversität aufgreifen und zwar „im Sinne einer Selbstreflexion der Politischen Theorie und Ideengeschichte“ (Martinsen et al. 2022). Neben dieser Selbstreflexion soll aber auch der Diversitätsbegriff in seinen verschiedenen inhaltlichen Verständnissen und seinen unterschiedlichen Funktionen als Analysekategorie, ethisches Leitmotiv oder politischer Kampfbegriff diskutiert und analysiert werden. Inwiefern dies trotz widriger Umstände durch den Cyberangriff auf die Universität Duisburg-Essen und einiger Absagen durch die parallel stattfindende Erkältungs- und Coronawelle gelungen ist, möchte ich diesem Bericht aus studentischer Perspektive erörtern.

Ein Ziel der Tagung war es, zu eruieren, inwiefern Kategorien wie Geschlecht, Klasse, „race“ oder sexuelle Orientierung in der politischen Theorie und Ideengeschichte bislang nicht ausreichend reflektiert wurden und wie sich dieser Umstand ändern ließe (Martinsen et al. 2022). Diesen Fragen widmeten sich die Panels des ersten Tages mit dem Schwerpunkt „Genealogie der Politischen Theorie und Ideengeschichte“. Den Auftakt machte Floris Biskamp (Eichstätt-Ingolstadt/Tübingen) mit einem Vortrag über die Bedeutung postkolonialer Kritik für die Frage nach Universalismus und Diversität in der Theoriebildung am Beispiel der Kritischen Theorie von Jürgen Habermas. Die postkoloniale Kritik beschäftigt sich mit der Frage, ob westliche Theorien ihren universalistischen Ansprüchen gerecht werden können und inwiefern sie kulturelle und theoretische Vielfalt unterdrücken und damit die Ungleichheitsverhältnisse des Kolonialismus widerspiegeln oder gar rechtfertigen. Auf dieser Grundlage kritisiert Biskamp Habermas, da der Kolonialismus auch in seiner Kritischen Theorie wenig reflektiert und nicht als Bestandteil der Moderne wahrgenommen werde. Er identifiziert drei mögliche Varianten des Umgangs mit postkolonialer Kritik und sieht in der Provinzialisierung (Chakrabarty 2007), also der Einbettung und Kontextualisierung westlicher Theorien in die Vielfalt moderner Kontexte, das größte Anschlusspotenzial für Habermas' Theorie.

Das zweite Panel begann mit einem Beitrag von Oliver Eberl (Hannover) zum Thema „Demokratiekonflikte und Kolonialismus: Zum Abwertungsdiskurs der liberalen Demokratie“. Seine These lautete, dass koloniale Abwertungsmuster auch in den inneren Prinzipien der

liberalen Demokratietheorie verankert seien. Anhand der Arbeiten von Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill zeigte Eberl, dass diese Abwertung nicht auf indigene Bevölkerungen beschränkt ist, sondern ähnliche Muster auch auf die Unterschichten und Verarmten innerhalb westlicher Demokratien angewandt werden. Diese Arbeiten sind Teil eines Zivilisationsdiskurses des 19. Jahrhunderts, der Demokratie als Ausdruck von Zivilisation verstand und die Fähigkeit dieser Gruppen, an der Demokratie teilzuhaben, zumindest in Frage stellte, wenn nicht gar gänzlich negierte. Diese Abwertung prägt bis heute Demokratiekonflikte in (post-)kolonialen Situationen, wie z.B. den Unabhängigkeitskonflikt in Neukaledonien bzw. Kanaky.

Christine Unrau (Duisburg-Essen) ging in ihrem Vortrag „Diverseres Wissen für eine andere Welt? Lateinamerikanische Beiträge zur Globalisierungskritik in der (Internationalen) Politischen Theorie“ auf die Bedeutung von Diversität im Kontext der Debatte um verschiedene Weltordnungskonzepte ein. Sie betonte, dass sich die Idee einer regelbasierten Weltordnung in der Krise befinde und daher auch im Globalen Süden nach alternativen Konzepten gesucht werde. In diesem Zusammenhang beleuchtete sie am Beispiel des Weltordnungskonzepts der mexikanischen Zapatistas das Potenzial einer solchen epistemischen Öffnung für die (Internationale) Politische Theorie. Dabei wies sie aber auch auf mögliche Probleme hin. Sie verwies dazu auf den von der bolivianischen Theoretikerin Silvia Rivera Cusicanqui geprägten Begriff des epistemischen Extraktivismus, der Entwicklungen beschreibt, in denen das Wissen des Globalen Südens von Bewegungen und Denker\*innen des Globalen Nordens ähnlich wie Rohstoffe angeeignet und instrumentalisiert wird. Ein weiteres Problem ist der epistemische Opportunismus, bei dem Theorien des Globalen Südens ohne Auseinandersetzung mit den jeweiligen Denker\*innen und ihren Kontexten aufgenommen werden. Diese Entwicklung birgt das Risiko der Romantisierung, des Essentialismus und sogar einer Aneignung oder Umdeutung, etwa durch neurechte Vertreter\*innen eines Ethnopluralismus.

Am zweiten Tagungstag beschäftigten sich die ersten beiden Panels mit der Frage, wie eine Diversifizierung des Kanons der politischen Theorie erreicht werden kann und welche Perspektiven und Zugänge bislang zu wenig genutzt werden. Laura S. Tittel (Gießen) zeigte in ihrem Beitrag „Antiziganismus als verdrängter Gegenstand der politischen Theorie“ am Beispiel der Antiziganismus, wie politische Theorien in Diskriminierung verstrickt sind und welches kritische Potenzial sie dennoch bieten. Obwohl der Antiziganismus als die letzte gesellschaftlich akzeptierteste Form von Rassismus (McGarry 2017) von großer Bedeutung ist und es viele verwandte Studien zur Verstrickung der europäischen Ideengeschichte in Kolonialismus, Rassismus und Antisemitismus gibt, wird er in der politischen Theorie kaum thematisiert und kritisiert. Tittel vertritt die These, dass der politischen Theorie selbst ein Verständnis von politischer Ordnung inhärent ist, dass auf der Ausgrenzung des als unpolitisch und nicht-staatlich Geltenden basiert, ohne dass dies bisher systematisch in den gängigen

Theorieansätzen reflektiert wurde. Sie zeigt in diesem Zusammenhang, dass sich in der Figur des „Zigeuners“ gesellschaftliche Fortschritts- und Verfallsvorstellungen verbinden, die mit den Naturzustandsbeschreibungen der Vertragstheoretiker des 17. und 18. Jahrhunderts korrespondieren und von ihnen oft als Abgrenzungsfigur zur modernen Gesellschaft herangezogen wurden. Damit werden Sinti und Roma quasi aus dem Bereich des Politischen ausgeschlossen, was für die Betroffenen schwerwiegende Folgen hat und ihnen eine aktive politische Teilhabe in vielen Bereichen oft bis heute verwehrt.

Regina Schidel (Frankfurt/Main) stellt in ihrem Vortrag die These auf, dass die Ausblendung kognitiver und geistiger Beeinträchtigungen als Differenz- und Diskriminierungskategorie mit einem logozentrischen Bias in der politischen Theorie verbunden ist, den es kritisch zu reflektieren gilt. Der Logozentrismus wertet die Vernunft- und Sprachfähigkeit auf und wertet die sinnlichen, affektiven, emotionalen und natürlichen Anteile des Menschen ab. Menschen mit Beeinträchtigungen wird dadurch häufig die politische Subjektivität abgesprochen, was sich beispielhaft im erst 2019 vom Bundesverfassungsgericht beendeten Wahlrechtsausschluss für Menschen, die in allen Angelegenheiten auf eine Betreuung angewiesen sind, zeigt. Schidel plädiert für einen neuen Wissensbegriff, der nicht nur propositionales, sondern auch affektives und praktisches Wissen umfasst. Dies bedeutet nicht, die argumentative und sprachlich-diskursive Methode der politischen Theorie zu verwerfen, sondern sie selbstreflexiv zu gestalten und die politischen Beiträge und das politische relevante Wissen von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen gleichberechtigt mit einzubeziehen.

Silvia Donzelli (Bielefeld/Regensburg) beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit dem Begriff der Diversität in der afrikanischen Philosophie und fragte, wie dieser im Kontext aktueller Diskussionen um Differenz, Diversität und Inklusion in westlichen Gesellschaften und akademischen Institutionen betrachtet werden kann. Dazu untersucht sie aus der Perspektive der afrikanischen Ideengeschichte verschiedene Strömungen der afrikanischen Philosophie der postkolonialen Zeit, wie die Négritude-Bewegung und die Ethnophilosophie, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen. Dabei betont sie das Spannungsverhältnis zwischen der politischen Aufwertung der eigenen kulturellen Identität und dem Projekt eines globalen interkulturellen wissenschaftlichen Dialogs auf Augenhöhe. Donzelli betont hier die Debatten innerhalb afrikanischer Bildungsinstitutionen, die eine "Afrikanisierung" ihres philosophischen Kanons anstreben, und kontrastiert diese mit den Debatten im Westen, die eine Integration afrikanischer Philosophie in westliche akademische Curricula fordern. Abschließend plädiert Donzelli dafür, Inhalte aus dem Rest der Welt in den europäischen Kanon zu integrieren, um eine breitere und vielfältigere Basis zu schaffen.

Die letzten drei Panels der Tagung befassten sich unter der Überschrift „Politische Epistemologie und kritische Wissenschaftstheorie“ mit der zunehmenden Popularität des Diversitätsbegriffs als analytische Kategorie, als ethisches Leitbild und als politischer Kampfbegriff, wozu insbesondere bislang wenig genutzte Ansätze aus der feministischen Wissenschaftskritik, der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung sowie postkoloniale und antirassistische Theorieansätze herangezogen werden sollten (Martinsen et al. 2022).

Da Vanessa Ullrich (Bielefeld) krankheitsbedingt nicht anwesend sein konnte, wurde ihr Beitrag zu den unterschiedlichen Bedeutungen und Anwendungen des Diversitätsbegriffs in aktuellen politischen Bewegungen verlesen. In Anlehnung an Sara Ahmed unterschied Ullrich zwei Perspektiven auf den Diversitätsbegriff, die sie als „Regressionsperspektive“ und „Fortschrittsperspektive“ bezeichnete. Die „Regressionsperspektive“ betrachtet Diversität als Managementinstrument, das dazu dient, emanzipatorische Forderungen zu vereinnahmen und diskriminierende Strukturen zu verschleiern, anstatt sie zu verändern. Die „Fortschrittsperspektive“ hingegen sieht in der institutionellen Verankerung von Diversität einen Erfolg emanzipatorischer Kämpfe, da sie dazu beiträgt, alle Diskriminierungsformen gleichermaßen zu berücksichtigen und Unterdrückung sichtbar zu machen. Ullrich argumentiert jedoch, dass beide Perspektiven wichtige Nuancen und Inkonsistenzen übersehen, die durch die Dichotomie von Regression und Fortschritt verloren gehen. Stattdessen schlägt sie einen dritten Weg vor, der Diversität als ein Konzept begreift, das von Subjekten gelebt und umkämpft wird. In dieser Lesart ist Diversität ein kontingentes Konzept: Zu einem bestimmten Zeitpunkt kann Diversität eine emanzipatorische Kraft entfalten, zu einem anderen Zeitpunkt kann sie sich aber auch in das genaue Gegenteil verkehren. Im zweiten Teil ihres Vortrags zeigte Ullrich am Beispiel der lateinamerikanischen Bewegung „Ni Una Menos“, dass Diversität widersprüchlich ist und nicht einfach als fixe Identität betrachtet werden kann. In Anlehnung an Ashley Bohrer und David McNally schlug sie daher die „Dialektik der Differenz“ als geeignete Analyseverfahren für Diversität in politischen Bewegungen vor.

Lucas von Ramin (Dresden) beschäftigte sich in seinem Beitrag „Diversität als moralische Quelle? Die Abkehr vom Allgemeinen im Licht der Ideologiekritik“ mit der Frage, welche normativen Annahmen mit dem Konzept der Diversität einhergehen. Dabei zeigt Ramin, dass queere, feministische und radikaldemokratische politische Theorien auch eine universalistische Argumentationsstruktur aufweisen, laut der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit nur durch eine ständige Infragestellung und Diversifizierung politischer Strukturen erreicht werden können. Das Universale wird hierbei nicht im Allgemeinen gefunden, sondern in verschiedenen Bewegungen, die gegen die herrschende Ordnung kämpfen, um Hegemonie im Sinne von Mouffe/Laclau zu erreichen. Die Annahmen des Partikularismus und der Diversifizierung können jedoch bei Verschwörungstheoretiker\*innen

und Wissenschaftsskeptiker\*innen an ihre Grenzen stoßen, da hier die Gefahr besteht, dass Diversität Stereotypisierungen begünstigt oder zum Ausgangspunkt fundamentalistischen Denkens wird. Ramin schlägt daher vor, den normativen Gehalt des Diversitätsparadigmas als ständige Selbstbefragung zu verstehen und reflexive Fähigkeiten im Kontext einer radikaldemokratischen und feministischen Epistemologie zu fördern. Dies würde dazu beitragen, die Gefahr von Stereotypisierung und fundamentalistischem Denken zu minimieren und die positiven Aspekte von Diversität zu fördern.

Das letzte Panel wurde von Mareike Gebhart (Münster) eröffnet, die in ihrem Vortrag darauf hinwies, dass es in den Archiven der politischen Theorie durchaus feministisch-intersektionale Bruchstücke gibt, die jedoch bislang eine marginale Rolle spielen und nicht Teil des Mainstreams sind. Dabei greift sie auf Texte zurück, die innerhalb der feministisch-intersektionalen Ideengeschichte als „Klassiker“ gelten, im Kanon der politischen Theorie jedoch bislang unterrepräsentiert sind. Gebhart diskutiert, wie bestimmte Gruppen privilegiert und andere benachteiligt werden, wenn es um Wissensproduktion geht, und verwendet dafür in Anlehnung an Rosi Braidotti die Begriffe „nomadisch“ und „monadisch“. Das Nomadische bezieht sich auf ein epistemologisches Umherschweifen, das sich von normativen Vorstellungen der „richtigen“ Wissensproduktion löst und die Idee anerkennt, dass es viele verschiedene Orte und Wege der Wissensproduktion gibt. Das Monadische hingegen steht für die Idee eines autonomen (weißen, männlichen, bürgerlichen) Subjekts, das in der Lage ist, einen neutralen Standpunkt einzunehmen, von dem aus Wissen produziert wird. Gebhart argumentiert, dass das Nomadische ein wichtiger Ansatz ist, um die Vielfalt von Wissensproduktionen anzuerkennen und zu fördern. Sie zeigt auf, wie politische Theorie pluralisiert werden kann, um eine große Vielfalt an Forschungsstilen, Forschungsgegenständen, Methodologien und Subjektpositionen zu berücksichtigen.

Christian Leonhardt von der Universität Bremen befasste sich in seinem Beitrag „Keine Diversität ohne Gleichheit - keine Gleichheit ohne Diversität“ mit verschiedenen Konzeptionen von Diversität und deren Auswirkungen auf politische Praktiken und Identitätskonstruktionen. Dabei unterschied er zwischen individueller Diversität, die nach Isaiah Berlin auf negativer Freiheit und Schutzräumen für Individuen basiert, und kollektiver Diversität, die nach Chantal Mouffe auf agonistischem Pluralismus und der Anerkennung von Konflikten und Dissens in einer demokratischen Gesellschaft beruht. Leonhardt kritisierte sowohl Berlins Konzeption der negativen Freiheit als auch Mouffes agonistischen Pluralismus, da beide Modelle entweder zu einem entpolitisierenden Nebeneinander oder zu einer hierarchischen Relationalität führen könnten. Stattdessen plädierte er dafür, Diversität als relationales Konzept zu denken, das auf Demonstrationen von Gleichheit aufbaut. Dabei betonte er, dass Gleichheit nicht mit Konfliktfreiheit verwechselt werden dürfe. Zur Untermauerung seiner These verwies Leonhardt auf das Beispiel der „General Assembly“ von Occupy Wall Street, bei der das Konsensprinzip

eine Pluralität der Stimmen ermöglicht habe. Er betonte aber auch, dass es zu Konflikten kommen könne, wenn man sich ausschließlich auf Gleichheit oder Diversität konzentriere. Daher sei es wichtig, sowohl auf Gleichheit als auch auf Diversität zu achten, um gerechte Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen zu ermöglichen, ohne dabei Autoritarismus oder Hierarchien zu fördern.

Henrike Bloemen (Münster) ging in ihrem Beitrag auf die Rolle des Begriffs „Common Sense“ im politischen und ideengeschichtlichen Kontext sowie in den Kämpfen um Diversität und Gleichberechtigung ein. Common Sense bezeichnet dabei eine Art Alltagsverstand, eine hegemoniale Weltsicht, die Selbstverständlichkeiten, Normen und den gesellschaftlichen Konsens umfasst. Der „Common Sense“ bestimmt, was allgemein als normal und richtig angesehen wird und welche Lebensentwürfe als lebbar gelten. Der „Common Sense“ erfüllt nach Bloemen im Kontext der Kämpfe um Diversität verschiedene Funktionen: als Schauplatz der Kämpfe um Diversität, als Waffe im Kampf gegen Diversität und als Gegenstand kritischer Auseinandersetzung und Veränderung. Als Schauplatz der Kämpfe um Diversität scheint der Alltagsverstand Diversität zu verhindern, tatsächlich ist er aber im Sinne von Gramscis Vorstellungen von kultureller Hegemonie ambivalent und kann durch verschiedene Akteur\*innen destabilisiert und sogar verändert werden. Als politischer Kampfbegriff wird er in rechtspopulistischer Manier im Sinne eines „gesunden Menschenverstandes“ in Bezug auf eine „schweigende Mehrheit“ zur Etablierung einer „natürlichen“ Ordnung verwendet. Das Fehlen von Common Sense wird dabei pathologisiert und subjektive Erfahrungen werden als objektiv stilisiert, obwohl dahinter androzentrische, klassistische oder rassistische Annahmen stehen. Bloemen betont jedoch, dass der Common Sense inhärent demokratisch zu sein scheint, da er das allgemeine und umfassende Wissen aller repräsentiere. Mit Hilfe des Common Sense kann Herrschaft kritisiert und Macht dekonstruiert werden. Eine Diversifizierung des Common Sense sei daher möglich und notwendig. Androzentrische, klassistische, rassistische, hetero- und cissexistische Annahmen müssen daher in Frage gestellt werden, um den Status quo zu erschüttern und den Common Sense schrittweise zu diversifizieren.

Im Rahmen der Tagung wurden neben den wissenschaftliche auch auf die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatten rund um das Thema Diversität Bezug genommen. Eine besondere Rolle spielte dabei die Diskussion um die Streichung des Begriffs „Rasse“ aus dem Grundgesetz, der ein eigenes Panel gewidmet war. Der Vortrag von Cengiz Barskanmaz, Professor für Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Fulda, zum Thema "Rasse als analytische und rechtliche Kategorie" betonte die Bedeutung eines interdisziplinären Verständnisses und eines historisch informierten Umgangs mit rassistischer Diskriminierung. Er warnte davor, Rasse als analytische Kategorie aus dem Antidiskriminierungsrecht zu streichen, da dies die Bedeutung und Relevanz des Konzepts in der Gesellschaft ignorieren

würde. Barskanmaz betonte, dass das Verbot der Diskriminierung aufgrund der Rasse eine Ausprägung der Unantastbarkeit der Menschenwürde sei und zum Wesensgehalt des Grundgesetzes gehöre. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass nur aufgrund der Verwendung des Wortes „Rasse“, die Existenz menschlicher Rassen nicht in das Grundgesetz hineingelesen werden dürfe. Er wies auch darauf hin, dass das Antidiskriminierungsrecht in ein mehrstufiges Rechtssystem eingebettet ist und der Begriff „Rasse“ bzw. „race“ als Diskriminierungskategorie im Völker- und Unionsrecht allgegenwärtig ist, so dass eine Streichung im Grundgesetz damit nicht mehr im Einklang wäre und zu weitergehenden Problemen führen würde.

Mit der Rolle des Begriffs „Rasse“ bzw. „race“ im öffentlichen Diskurs beschäftigte sich Daniel James (Dresden). Er argumentierte, dass der Streit um den Begriff nicht so sehr die ontologische Frage betreffe, ob es menschliche Rassen gebe, oder die semantische Frage, was „Rasse“ bedeute, sondern vielmehr die normative Frage, wie der Begriff verwendet werden solle. Er argumentiert, dass der Begriff „Rasse“ ein umkämpfter Begriff ist und dass wir den so verstandenen Streit um „Rasse“ als metasprachliche Aushandlung interpretieren können. Insbesondere in Deutschland ist der Begriff „Rasse“ mit der Ideologie und Geschichte des Nationalsozialismus verbunden. Anhand einer vergleichenden Korpusanalyse und einer Umfrage zu Einstellungen zum Begriff der „Rasse“ stellt James deutliche Unterschiede zwischen deutschen und US-amerikanischen Sprecher\*innen fest. Eine Korpusanalyse von Zeitungsartikeln aus beiden Ländern zeigte, dass das Thema „race“ in den USA sehr viel häufiger als normales Gesprächsthema behandelt wird, während der Begriff „Rasse“ in Deutschland vor allem im Zusammenhang mit rassistischen Vorfällen verwendet wird. Zusätzlich führte James eine Umfrage über die Einstellungen von Sprecher\*innen zum Begriff „Rasse“ bzw. „race“ durch. Die Ergebnisse zeigten, dass Deutsche ihre Urteile nicht stärker auf biologische Kriterien stützen als US-Amerikaner\*innen. Tatsächlich scheinen Deutsche viel weniger an die Existenz von „Menschenrassen“ zu glauben als US-Amerikaner\*innen. Im Gegensatz zu US- Amerikaner\*innen neigen Deutsche auch weniger dazu, vermeintlich „rassische“ Kategorien wie „schwarz“, „weiß“ oder „asiatisch“ für unterschiedliche „Rassen“ zu halten. Abschließend diskutierte James drei Möglichkeiten, mit dem Wort „Rasse“ umzugehen. Diese sind 1. die Verwendung von euphemistischen Ersatzbegriffen wie „Ethnie“ oder „Nationalität“, die laut James die Gefahr einer „colour blindness/muteness“ birgt, die die Persistenz rassifizierter Diskriminierung überdecken könnte, 2. die Verwendung von Substituten wie „rassifizierte Gruppen“, die allerdings bislang nur in wissenschaftlichen oder aktivistischen Kontexten verwendet werden und (noch) nicht allgemein verständlich sind oder 3. die distanzierte zitierende Erwähnung des Begriffs „Rasse“ bzw. „race“, die aber auch die Möglichkeit eines missbräuchlichen Gebrauchs beinhaltet. James gibt dabei keine

Empfehlung, plädiert aber dafür, die Positionen marginalisierter rassifizierter Gruppen in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Aushandlung des „Rasse“-Begriffs zu stärken.

Auch die Debatten um Wissenschaftsfreiheit und die sogenannte Cancel Culture waren auf der Tagung durch die Keynote des Literaturwissenschaftlers Adrian Daub von der Stanford University Thema. Daub stellte darin die zentralen Thesen seines Buches *„Cancel Culture Transfer. Wie eine moralische Panik die Welt erfasst“* vor. Cancel Culture wird im aktuellen medialen Diskurs in den USA und in Europa als Oberbegriff für Ereignisse verwendet, bei denen Personen aus bestimmten Räumen oder Kontexten ausgeschlossen werden, weil ihnen inakzeptable Verhaltensweisen oder Äußerungen nachgesagt werden. Cancel Culture wird dabei dezidiert als Gefahr für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit dargestellt. Daub wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die Debatte um Cancel Culture häufig auf unbedeutenden Einzelfällen beruhe, die von den Medien zu einem allgemeinen Trend aufgebauscht würden. Die Ursprünge des Cancel Culture-Diskurses zeichnete er anhand der Diskussionen um Campus Culture (seit den 1950er Jahren) und Political Correctness (seit den 1980er Jahren) nach. Die gegenwärtige Angst vor einer vermeintlichen Cancel Culture sei eine moralische Panik. Diese Panik sei eine verspätete Reaktion auf Kämpfe um Diversität und den Verlust kultureller Hegemonie. Die Wissenschaftsfreiheit sieht er weniger durch eine vermeintliche Cancel Culture gefährdet als durch prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft in den USA und Europa, die es erst ermöglichen, in Kontroversen verwickelte Wissenschaftler\*innen leicht zu entlassen. Zudem weist Daub darauf hin, dass es sich bei der Debatte um Cancel Culture zumeist um eine spezifisch US-amerikanische Debatte handelt, die von Journalisten nur anhand einiger Anekdoten in den deutschsprachigen Kontext importiert wird.

In der zweiten Keynote der Tagung beschäftigte sich Ina Kerner (Koblenz) mit dem komplexen Verhältnis von Feminismus, Orientalismus und Rechtspopulismus im Kontext des Islam. Sie zeigte auf, dass der westliche Feminismus häufig orientalistische Denkmuster reproduziert, während sich der radikale und radikal islamkritische Feminismus häufig eher als Gegenstimme zu den Gender Studies denn als Gegenstimme zum Rechtspopulismus positioniert. Der Rechtspopulismus wiederum findet im Antifeminismus sowie im Orientalismus wichtige Diskurs- und Aktionsfelder. Diese Diskurskonstellation hat zur Folge, dass die Unterdrückung von Frauen und queeren Menschen in muslimisch geprägten Ländern und Kontexten häufig unterproblematisiert bleibt und rechtspopulistischen Akteuren überlassen wird. Kerner fordert daher eine postsäkulare feministische Religionskritik und plädiert für breite feministische Bündnisse gegen den Sexismus der großen monotheistischen Buchreligionen. Dabei geht es nicht um ein notwendigerweise oppositionelles Verhältnis feministischer politischer Theorien und feministischen politischen Engagements zur Religion, sondern um eine affirmative Kritik, die die Veränderbarkeit negativer Aspekte betont.

Insgesamt bot die Tagung aus studentischer Perspektive einen guten Überblick über die aktuellen innerdisziplinären und gesellschaftlichen Debatten rund um das Thema Diversität. Auch wenn das Programm aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle im Vorfeld mehrfach geändert werden musste, hat die Tagung das Ziel einer Selbstreflexion der eigenen Disziplin im Hinblick auf den Kanon und die thematische Ausrichtung der Politischen Theorie durchaus erreicht. Denn in den Beiträgen wurden thematische Blindstellen wie Antiziganismus oder die epistemische Benachteiligung von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen identifiziert und Ansätze zur Verbesserung und Diversifizierung theoretischer Zugänge vorgestellt. Ebenso setzten sich die verschiedenen Beiträge kritisch mit den unterschiedlichen Facetten des Diversitätsbegriffs und seiner Eignung als Analysekategorie auseinander. Dabei wurden seine Kontingenz und seine ethische Ambivalenz, etwa im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Verschwörungstheoretiker\*innen und Wissenschaftsskeptiker\*innen in den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs, als limitierende Faktoren herausgearbeitet.

Die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Diversität wurden durch die Keynotes zu den Themen Cancel Culture, Umgang des Feminismus mit dem Islam sowie das Panel zur Debatte um die Streichung des „Rasse“-Begriffs aus dem Grundgesetz sehr gewinnbringend aufgegriffen, wobei insbesondere die Beteiligung von Forscher\*innen aus anderen Disziplinen neue Perspektiven eröffnete. Die Tagung wurde aber auch genutzt, um die Diversität in der eigenen Disziplin kritisch zu reflektieren. Hier, so eine Wortmeldung in der Feedbackrunde am Ende der Tagung, gebe es trotz des bereits vorhandenen Bewusstseins noch Nachholbedarf, unter anderem bei der Zusammensetzung von Panels auf Tagungen, aber auch bei der Besetzung von Stellen und Professuren. Abschließend lässt sich sagen, dass die Tagung wichtige Impulse für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema Diversität in der Politischen Theorie gesetzt hat und dazu beigetragen hat, Blindstellen aufzuzeigen und neue Perspektiven zu eröffnen. Die kritische Reflexion der eigenen Disziplin und die Diskussion über die Umsetzung von Diversität im akademischen Betrieb sind dabei wichtige Schritte, um zu einer inklusiveren und diverseren Wissenschaft beizutragen.

## Literatur

Chakrabarty, D. (2007). *Provincializing Europe: Postcolonial thought and historical difference*.

Princeton University Press.

Daub, A. (2022). *Cancel Culture Transfer: Wie eine moralische Panik die Welt erfasst*.

Suhrkamp.

Martinsen, F., Niesen, P., Schubert, K., Vogelmann, F., & Zucca-Soest, S. (2022). *Call for Papers: Kämpfe um Diversität - Theorie an der Grenze von Wissenschaft und Politik (Tagung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen 15.-17. März 2023)*.

Theorieblog.

Abgerufen

von:

[https://www.theorieblog.de/wpcontent/uploads/2022/06/cfpkaempfe\\_um\\_diversitaet.pdf](https://www.theorieblog.de/wpcontent/uploads/2022/06/cfpkaempfe_um_diversitaet.pdf)

McGarry, A. (2017). *Romaphobia: The last acceptable form of racism*. Zed Books.